

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 248/2019
Kiel, Donnerstag, 20. Juni 2019

Wissenschaft/ Ergebnis Gemein-
same Wissenschaftskonferenz

Dennys Bornhöft zu TOP 20 „Ergebnis der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“

In seiner Rede zu TOP 20 (Mündlicher Bericht zum Ergebnis der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz) erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, Dennys Bornhöft:

„Es ist in der Tat zunächst einmal eine gute Nachricht, dass die erzielte Einigung dann doch noch in dieser Form zustande gekommen ist. Ich danke Wissenschaftsministerin Karin Prien und ihren Mitarbeitern und auch ganz besonders Finanzministerin Monika Heinold für ihren Einsatz!

Die Hochschulen haben mit diesem letztlich ordentlichen Kompromiss die finanzielle Planungssicherheit, die sie auch brauchen, um sich weiterhin gut entwickeln zu können. Die Signale von Seiten der Bundesregierung im Vorfeld und auch noch während der Verhandlungen selbst waren ja nicht unbedingt vielversprechend. Umso erleichterter kann man also sein, dass das mitternächtliche Kamingespräch doch noch zur finalen Einigung führte. Denn ohne eine Fortführung der Bund-Länder-Vereinbarung wäre die Finanzierung unserer Hochschulen und der Forschung für die nächsten Jahre alles andere als gesichert gewesen. Ich meine aber nicht, dass die neue Vereinbarung tatsächlich der große Wurf ist, wie es in einigen Medien teilweise zu lesen war. Vielleicht war dies aber auch eher den niedrigen Erwartungen geschuldet, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz durch seine fragwürdige Einstellung zu Bildungsinvestitionen hervorgerufen hatte – bei Bildung und Forschung möchte der SPD-Vizekanzler ja lieber sparen und Budgets senken. Die nun vereinbarten Zuwächse aus der Vereinbarung sind auch mit Wohlwollen bestenfalls als moderat zu bezeichnen. Diesen moderaten Steigerungen stehen aber steigende Personalkosten und vor allem steigende Studierendenzahlen an den Hochschulen gegenüber. Damit kompensiert man also allenfalls die Kostenentwicklung, eine richtige qualitative Verbesserung der Studienbedingungen sehe ich damit nicht in die Wege geleitet.

Man muss auch sehen, dass Schleswig-Holstein mit der neuen Vereinbarung bis 2030 rund 240 Millionen Euro an Mehrkosten zu tragen hat – unter anderem durch die vereinbarte Beteiligung der Länder am Sockelbetrag beim Pakt für Forschung und Lehre. Wir investieren sehr gern in Bildung, Wissenschaft und Forschung, unsere FDP-Parteibasis wird auch nicht müde, uns dahingehend zu ermahnen. Wir vermissen hier aber etwas Engagement und Ehrgeiz bei der Bundesregierung, denn wir sprechen schließlich von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Als Land erhöhen wir schrittweise die Grundfinanzierung unserer Hochschulen und investieren in die Gebäude, was an verschiedenen Standorten auch dringend notwendig ist. Wir wollen und müssen mehr machen, wenn wir da – auch im internationalen Vergleich – wieder aufholen wollen. Mit großer Unterstützung der Bundesregierung ist da aber leider nicht zu rechnen.

Die Bundesregierung ist momentan offenbar vor allem bestrebt, Kosten auf die Länder und auch Kommunen abzuwälzen. Wir sehen das vor allem beim Breitbandausbau oder bei den Integrationskosten, wie sich die Bundesregierung einen schlanken Fuß macht. Die Bundesregierung darf jetzt nicht die Überschüsse in vielen Haushalten von Ländern und Kommunen zur Finanzierung der GroKo-Projekte abfischen. Im Anbetracht der Aufgabenfülle der Länder und Kommunen ist das die falsche Zielsetzung. Dagegen sollten sich die Länder noch wahrnehmbarer wehren. Das Signal, das von der zunächst recht klaglos aufgenommenen Kürzung des Bundesbildungsetats um eine halbe Milliarde Euro ausgegangen ist, halte ich für fatal.

Um das zum Abschluss nochmal klar zu sagen: Ich begrüße die Vereinbarung und ich bin froh darüber, dass sie doch noch so zustande gekommen ist. Sie zeigt auch einige richtige Tendenzen auf, zum Beispiel beim Technologietransfer, bei der weiteren Vernetzung oder bei den Arbeitsbedingungen, die dringend verbessert werden müssen, damit die besten Leute auch ein Interesse daran haben, zumindest für einige Jahre an unseren Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen zu arbeiten. Der große Wurf für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist das Paket aber leider nicht. Ich hoffe, dass die nächste Bundesregierung da andere Schwerpunkte setzt und an einigen Stellen dann noch nachgebessert werden kann. Wir tun als Land das, was wir tun können, um unsere Hochschulen und die Forschung in Schleswig-Holstein zu stärken. Davon hängt ja auch der zukünftige Wohlstand unseres Landes ein gutes Stück weit ab. Das sollten wir wieder stärker in den Blick nehmen.“